

3) Nachverpflichtung ehrenamtlicher Ratsmitglieder durch den Ratsvorsitzenden

Herr Müller übernahm die Nachverpflichtung der Ratsmitglieder Frau Krolop; Herrn Eckardt und Fr. Riechers- Knappe. Nach Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung wurde die Sitzung fortgesetzt.

4) Einwohnerfragestunde

Herr Müller eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Fr. Jung- Beckermann fragte nach, ob die Verwaltung an der mitteldeutschen Fahrradkonferenz in Leipzig teilgenommen hat. Herr Frenkel verneinte dies. Fr. Jung- Beckermann äußerte ihre Kritik darüber.

Des Weiteren fragte sie nach, ob sich die Verbandsgemeinde an der in Gründung befindlichen Bürgerstiftung zum Strukturausgleich für Morsleben einschließlich der Region beteiligt. Hier könnte auch die Verbandsgemeinde von ev. Förderungen zum Ausgleich des Negativimages, zur Tourismusförderung und Ausbau des Fahrradwegenetzes profitieren. Die Pressemitteilung der Bürgerstiftung i.G. ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Herr Frenkel erwiderte, dass der Landkreis aktiv beteiligt ist, entsprechende Förderanträge laufen. Nach Rücksprache mit dem Regionalmanager des Landkreises ist eine eigene Mitgliedschaft nicht zwingend erforderlich. Hinzu kommt, dass die VerbGem selbst kein Eigentümer ist und keine Entscheidungshoheit hätte. Daher sieht er, wenn überhaupt; die Mitgliedsgemeinden im Vorrang.

Herr Müller begrüßte noch einmal die Vertreter der Grundschule Ummendorf. Die Leiterin der Grundschule Fr. Helmecke hinterfragte den ablehnenden Beschluss zum Neubau eines Schulhortes in Ummendorf und würde gern Argumente zur Neuentscheidung vortragen. Herr Müller bedauerte, dass es im Vorfeld von der Elternvertretung keine Anträge zur Sitzungsteilnahme gegeben hat, sonst hätte man das Anliegen in der Tagesordnung aufnehmen können.

Der Vorsitzende stellte dennoch den Antrag, der Initiative ein kurzes Rederecht einzuräumen. Diesem Antrag stimmte der VerbGemR zu.

Frau Helmecke erläuterte auch im Auftrag der anwesenden Eltern sehr eindringlich und emotional ihre Beweggründe für den Schul/Horterweiterungsbau. Die Schülerzahlen sind von 160 auf 182 gestiegen. Daraus resultiert ein spürbarer Platzmangel. U.a. könnten einige Schulangebote nicht mehr uneingeschränkt angeboten werden. Sie ging auch auf die Arbeitssituation der Lehrkräfte ein. Weitere Fakten sind in einem Flyer zusammengefasst. Dieser Flyer ist dem Protokoll beigefügt.

Abschließend lud Fr. Helmecke die Anwesenden ein, den laufenden Schulbetrieb zu hospitieren und sich selbst ein realistisches Bild von der Gesamtsituation zu verschaffen.

Herr Müller bedankte sich für die Ausführungen.

5) Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Sommerschenburg in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren

Herr Frenkel erläuterte die Beschlussvorlage 35/2019 ausführlich.

Die persönlichen und formellen Voraussetzungen von Herrn Thomas Freese für eine Berufung zum stellvertretenden Ortswehrleiter der FFW Sommerschenburg in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren sind erfüllt.

Der VerbGemR beschließt einstimmig die Berufung.

Beschluss: 45/2019

Der Verbandsgemeinderat beschließt, Herrn Thomas Freese, geb. am 15.02.1983, wohnhaft in 39365 Sommersdorf OT Sommerschenburg, Gneisenastraße 41 in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren zum stellvertretenden Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Sommerschenburg zu berufen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

6) Berufung des Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Hötensleben in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren

Herr Lars Ulrich konnte leider aus beruflichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen. Die personellen und formellen Voraussetzungen zur Berufung als Ortswehrleiter der FFW Hötensleben sind erfüllt.

Der VerbGemR beschließt gemäß BVL 36/19 einstimmig die Berufung von Herrn Lars Ulrich in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren zum Ortswehrleiter der FFW Hötensleben.

Beschluss: 46/2019

Der Verbandsgemeinderat beschließt, Herrn Lars Ulrich, geb. am 14.05.1981, wohnhaft in 39393 Hötensleben, Am Viktoriasee 39 in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren zum Ortswehrleiter der Freiwilligen Feuerwehr Hötensleben zu berufen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

7) Berufung des Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Ovelgünne/Siegersleben in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren

Die persönlichen und formellen Voraussetzungen für eine Berufung von Frau Verena Keßler zur Ortswehrleiterin der FFW Ovelgünne/Siegersleben sind erfüllt.

Der VerbGemR beschließt gemäß BVL 37/2019 einstimmig die Berufung von Frau Verena Keßler in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamtin für die Dauer von 6 Jahren zur Ortswehrleiterin der FFW Siegersleben/ Ovelgünne.

Beschluss: 47/2019

Der Verbandsgemeinderat beschließt, Frau Verena Keßler, geb. am 24.01.1970, wohnhaft in 39365 Eilsleben OT Siegersleben, Siegerslebener Lindenstraße 3, in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von 6 Jahren zur Ortswehrleiterin der Freiwilligen Feuerwehr Ovelgünne/Siegersleben zu berufen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

Herr Frenkel und Herr Müller gratulierten den anwesenden Kameraden zur Ernennung und übergaben anschließend die Ernennungsurkunden und als Dank ein kleines Präsent.

8) Informationen zum aktuellen Sachstand "Neubau Feuerwehrgerätehaus Eilsleben"
(Gast: Planungsbüro Sontach)

Herr Frenkel wies darauf hin, dass Herr Sontach vom Planungsbüro leider aus familiären Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Herr Hillmann, als zuständiger Sachbearbeiter der Bauverwaltung, wird stellvertretend für Anfragen zur Verfügung stehen.

Herr Frenkel informiert die Anwesenden, dass in der letzten gemeinsamen Planungsberatung am 17.09.2019 mit dem Planungsbüro, der Verwaltung und den Vertretern der Gemeinde- und der Ortswehrleitung Eilsleben/Ummendorf vonseiten der Feuerwehrkameraden weiterer Bedarf für die Unterbringung von im Bestand befindlichen Fahrzeugen und Technik angezeigt wurde. Dabei handelt es sich um notwendige Ausrüstung und Fahrzeuge. Daher verständigte man sich im Ergebnis der gemeinsamen Beratung darauf, die Aufgabenstellung zum Neubau Feuerwehrgerätehaus zu erweitern.

Nachdem nunmehr die Planung dahingehend umgeändert und erweitert bzw. fortgeschrieben ist, wird sie heute den Anwesenden vorgestellt.

Herr Hillmann stellt die geänderte und fortgeschriebene Planung anhand einer Power-Point-Präsentation dar. Nach dessen Ausführungen fasst Herr Frenkel nochmal die wesentlichsten Eckpunkte der neuen Entwurfsplanung sowie die damit einhergehende neue Kostenschätzung/-entwicklung für den Neubau des FwH Eilsleben zusammen:

- Vergrößerung der Fahrzeughalle,
- dadurch entstehen 7 Stellplätze, d.h. 2 zusätzliche Aufstellflächen in MTF-Größe,
- damit einhergehend eine durchgehende Hallenhöhe für den gesamten Baukörper,
- Integration der BA-Kammer im Obergeschoss mit ca. 130 qm Nutzfläche,
- Erweiterung der Gesamtnutzfläche zwischen Studie und aktuellem Entwurfskonzept um ca. 295 qm Nutzfläche,
- Erweiterung der Übungsflächen und Stellplätze der „Alarmparker“

Daraus und aufgrund der Baupreisentwicklung ergeben sich in der aktuellen Kostenschätzung Mehrkosten in Höhe von rd. 240 T€ auf nunmehr insgesamt 2,728 Mio. € (bisher rd. 2,489 Mio. €).

Darüber hinaus wird von Herrn Frenkel noch ergänzt, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 09.10.2019 ebenfalls über die geänderte/fortgeschriebene Planung sowie der damit einhergehenden neuen Kostenschätzung/-entwicklung für den Neubau des FwH Eilsleben informiert worden ist.

Im Ergebnis der Erörterung hat der Hauptausschuss die Entwurfsplanung einerseits einstimmig bestätigt und gleichzeitig festgelegt:

1. Das Bauantragsverfahren soll, um die straffe Terminkette einhalten zu können, unverzüglich weitergeführt bzw. eingeleitet werden.
2. Ungeachtet dessen soll sowohl dem Feuerwehrausschuss als auch anschließend dem Verbandsgemeinderat die geänderte Planung vorgestellt und erläutert werden.
3. Die Mehrkosten sind im HH-Plan 2020 aufzunehmen.

13) Außerplanmäßige Auszahlung/Aufwendung Anschaffung Dienst-Pkw

Herr Frenkel erläuterte die Beschlussvorlage 41/2019 ausführlich.

Hinsichtlich der Finanzierungsquellen gab es eine Änderung:

Der Abzug der vorgesehenen Mittel aus der Breitbandversorgung der Grundschulen musste rückgängig gemacht werden, da die Verbandsgemeinde entgegen vorheriger Absprachen nun doch für die Finanzierung zuständig ist.

Nunmehr erfolgt eine Finanzierung wie folgt:

-Minderausgaben beim Produkt 211100.07310000 / 4.000,00 €;

-Minderausgaben beim Produkt 365100.07310000/ 12.000,00 € und

-Minderausgaben beim Produkt 111310.52510000 / 400,00 €.

Der Verbandsgemeinderat fasst aufgrund der geänderten Finanzierung den abweichenden Beschluss zur außerplanmäßigen Anschaffung eines Dienst- PKW für die Hausmeister einstimmig.

Beschluss: 48/2019

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Obere Aller beschließt, der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 16.400,00 € für die Anschaffung eines Dienst-Pkw zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

14) 6. Änderung der Abgabensatzung Niederschlagswasserbeseitigung

Die Fachbereichsleiterin Frau Dilge stellte die Beschlussvorlage 34/2019 zur 6. Änderung der Abgabensatzung Niederschlagswasserbeseitigung vor. Sie begründete die Notwendigkeit der Beschlussfassung für die Gemeinden Harbke und Hötensleben und erläuterte die umfassend vorliegenden Kalkulationsunterlagen ausführlich. Die Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Auf Nachfrage bestätigte Sie, dass in der Beschlussvorlage finanzielle Auswirkungen nicht benannt werden müssen. Die erhobenen Gebühren werden für die Deckung der Ausgaben verwendet.

Der VerbGemR beschließt die BVL 34/2019 einstimmig.

Beschluss: 49/2019

Der Verbandsgemeinderat beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Verbandsgemeinde Obere Aller zur Erhebung der Abgaben zur Beseitigung von Niederschlagswasser (Abgabensatzung zur Niederschlagswasserbeseitigung).

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

15) Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Aller", "Großer Graben", "Untere Ohre" und "Untere Bode"

Frau Dilge gab ausführliche Informationen zu der vorliegenden Satzung der Verbandsgemeinde Obere Aller zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände „Aller“, „Großer Graben“, „Untere Bode“ und „Untere Ohre“.

Sie begründete die Notwendigkeit der jährlichen Neukalkulation der Beiträge unter Einbeziehung des Verwaltungsaufwandes und der jährlichen Beschlussfassung der vollständigen Satzung.

Sie stellte die Veränderungen des Umlagesatzes für die einzelnen Verbände gegenüber dem Vorjahr dar und ging anschließend auf Nachfragen ein.

Der Verbandsgemeinderat beschließt die BVL 38/2019 einstimmig.

Beschluss: 50/2019

Der Verbandsgemeinderat der Verbandsgemeinde Obere Aller beschließt die Satzung der Verbandsgemeinde Obere Aller zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände „Aller“, Großer Graben“, „Untere Ohre“ und „Untere Bode“.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen / 0 Nein- Stimmen / 0 Enthaltungen

16) Anfragen und Anregungen der Ratsmitglieder

Herr Falke stellte den Antrag, die nächste oder übernächste Sitzung des Verbandsgemeinderates in der Grundschule „Burg Ummendorf“ durchzuführen.

Die Mehrheit stand dem Vorschlag positiv gegenüber. Die 1. Sitzung im neuen Jahr wird in der Ummendorfer Grundschule stattfinden.

Herr Peter Müller hatte eine Anfrage zum Breitbandausbau der sogenannten Opalgebiete durch die Telekom u.a. in Marienborn, Wefensleben und Belsdorf und in Harbke. Nach einer Pressemitteilung soll es terminliche Probleme bei der Erschließung geben. Er bittet die Verwaltung um Prüfung, damit er in der Gemeinderatssitzung am 04.11.2019 Auskunft geben kann.

Herr Frenkel erläuterte, dass die Telekom die Opal-Gebiete im Eigenausbau realisiert.

Für den genannten Bereich sind folgende Termine vorgesehen:

Harbke: Fertigstellung geplant: Ende 06/2019, neuer Termin: Ende 10/2019;

Marienborn: Fertigstellung geplant: Ende 10/2019, neuer Termin: Januar 2020;

Wefensleben: Fertigstellung geplant: Anf. 10/2019, neuer Termin: Januar 2020.

Im Ergebnis der Rücksprache mit dem Regionalbetreuer der Telekom gibt es Probleme bei den „Insellösungen“, da in Harbke, Wefensleben und Marienborn ganze Straßenzüge über die Telekom nicht VDSL-versorgbar sind.

Herr Frenkel und Herr Müller sehen die Telekom in der Pflicht, die Bürger/Kunden presswirksam zu informieren.

Herr Falke gab den Hinweis, dass die Verwaltung bei der Endabnahme der Tiefbauarbeiten der Telekom in den Gemeinden unbedingt dabei sein sollte und eine entsprechende Kontrolle ausübt. Herr Frenkel erwiderte, dass mit der Telekom entsprechende Absprachen getroffen wurden (Info Leiter der Stabsstelle Herr Malcher).

Herr Müller fragte nach, ob ein Haushaltsbeschluss für die Verbandsgemeinde im Dezember denkbar wäre. Herr Frenkel teilte mit, dass in Abstimmung mit dem FB Finanzen in der Novembersitzung des Hauptausschusses erste Eckdaten diskutiert werden sollen. Im Januar 2020 ist eine Beratung in den Fachausschüssen vorgesehen und im Februar eine 1. Lesung / Beschlussfassung im Verbandsgemeinderat angestrebt.

17) Mitteilungen der Verwaltung

Weitere Mitteilungen der Verwaltung gab es nicht.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde vom Vorsitzenden um ca. 19.45 Uhr geschlossen.
Noch anwesende Gäste verließen daraufhin den Sitzungsraum.